

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 9

Artikel: Eine Aufgabe für die "kleinen" Nationen
Autor: Bruna, Jan J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154698>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mit Belegstücken, Karten und Lokalstudien die volle Zustimmung und den Beifall nicht nur der italienischen Geographischen Gesellschaft und der „Dante [= Alighieri-Gesellschaft], sondern auch höchster militärischer Stellen erhalten. Nur führten leider die Unterhandlungen mit den Vertretern des Veltlins, welche sich hätten interessieren müssen, und die mit der italienischen Regierung, der die politische Wichtigkeit der Sache um so mehr hätte einleuchten müssen, nicht zu einem Ziel. Wie immer überwog die Furcht, die argwöhnischen Oesterreicher nervös zu machen, alle andern Ueberlegungen.“

„Aufgabe der Schweiz ist es, fremden Aspirationen die Zähne zu weisen. Das wirkt mehr, als um des lieben Friedens wegen immer und immer wieder nachzugeben. Die Erfolge der Bolschewisten, der Komunisten und der Faschisten selber weisen den Weg, wie man heute mit feindlichen Elementen fertig werden muß.“
(„Amerikanische Schweizer-Zeitung“ vom 9. November 1922.)

Eine Aufgabe für die „kleinen“ Nationen.

Von

Jan J. Bruna, Haag.

Den Tischreden des Königs Gustav und der Königin Wilhelmina in Stockholm bei dem kürzlichen Fürstenbesuche in der schwedischen Kapitale ist von den Freunden einer politischen Zusammenarbeit der im Weltkriege neutral gebliebenen „kleinen“ Nationen Europas besondere Beachtung geschenkt worden.

Die Tatsache, daß Hjalmar Branting für diesen Besuch auf ein paar Tage von Genf nach Stockholm reiste, hat da und dort den Eindruck verstärkt, daß es sich dabei doch um etwas mehr handelte als um einen bloßen Akt höfischer Courtoisie. Die kommende Budgetberatung in Holland wird vielleicht kritischen Hörern verraten, ob es wahr ist, was man in gewissen Kreisen Hollands annimmt, daß tatsächlich schwedische Wünsche nach einer politischen Zusammenarbeit laut geworden sind, daß aber der sehr vorsichtige holländische Kollege des Herrn Branting, Herr van Karnebeek, dem Gedanken dadurch die praktische Bedeutung nahm, daß er selbst die Initiative dazu ergriff und die Sache in eine Form brachte, in der vorläufig praktisch nichts aus ihr wird.

Wie dem aber auch sei, die Frage selbst, ob und auf welchem Gebiet die bisherigen Neutralen, offiziell oder nicht offiziell, zusammenarbeiten können, verdient zweifellos, namentlich in dieser Zeit, ernster Erwägung, und besonders ist es notwendig, zu versuchen, die Grenzen festzulegen, innerhalb derer diese Arbeit zu geschehen hat, wenn sie erfolgreich sein will. Das ist für die offizielle Zusammenarbeit nicht allzu schwierig, weil hier die Natur der Absichten und der Beziehungen deutlich die Richtlinien angibt. Das mag an zwei Beispielen erläutert werden.

Im Haag haben Vertreter der „kleinen“ Nationen vor der zweiten Völkerbundsversammlung den Vorentwurf für das Statut des Permanenten Internationalen Gerichtshofes ausgearbeitet; in Genf haben sie sich kurz vor der Konferenz von Genua über die Möglichkeit einer gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen beraten.

Der Haager Arbeit war kein voller Erfolg beschieden; aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß von den Schweizern, Schweden, Dänen, Norwegern und Holländern, die dort versucht haben, dem Rechtsempfinden der territorial saturierten Nationen Ausdruck zu verleihen, praktische Arbeit geleistet worden ist: sie haben dem Statut ihr Gepräge gegeben.

Die Genueser Konferenz hat von dem Resultat der Zusammenarbeit dieser Nationen viel weniger gespürt als die zweite Völkerbundsversammlung. Die Ursache dafür läßt sich leicht nachweisen.

Man wußte lange vor Genua, daß sich die Auffassungen Cassels und Visserings nicht deckten; und es war für niemanden ein Geheimnis, daß die Art und Weise, wie die schweizerische Regierung den Schwierigkeiten, die der Industrie ihres Landes aus der Konkurrenz der valutaschwachen Länder entstanden waren, zu begegnen suchte, sich sehr stark unterschied von der Politik, die unter anderem von der holländischen Regierung in dieser Frage befolgt wurde. Die Fragen des Wiederaufbaues sind Fragen der praktischen Politik, bei der reale Interessen ein gewichtiges Wort mitsprechen; die Fragen der Rechtsbildung appellieren an das Gewissen, an den Idealismus, an die Intelligenz und die Wissenschaft.

Bei der Versammlung im Haag war nicht die Tatsache an sich ausschlaggebend, daß die versammelten Vertreter Angehörige „kleiner“ Staaten waren. Zwar ist für Angehörige von Großmächten die Gefahr, daß ihr Rechtsempfinden durch realpolitische Aspirationen, die die logische Folge bedrohter oder bedroht erscheinender Interessen sind, getrübt wird, größer; aber es braucht nach dem Weltkrieg nicht betont zu werden, daß es auch Kleinstaaten gibt, deren Politik die Vorbedingungen für eine derartige Trübung ihres Rechtsempfindens in sich schließt.

Die Arbeit der hier im Haag zusammengetretenen Gelehrten war Standard-Arbeit; sie konnte das sein, weil die atmosphärischen Einflüsse, die Vertreter von Nationen mit starken außenpolitischen Aspirationen bei der fein abwägenden Arbeit im wissenschaftlichen Laboratorium gestört haben würden, sich hier nicht geltend machten.

Man kann ohne jeden Pharisäismus behaupten, daß derartige Arbeit viel besser gemacht, daß solche Grundsätze viel besser formuliert werden können von Vertretern der Kleinstaaten der oben erwähnten Kategorie, nicht weil der entscheidende Faktor eine Art moralischer Ueberlegenheit ist, sondern weil die Vertreter dieser Staaten das Bewußtsein haben, daß ihre Nationen materiell nicht in der Lage sind, diese Arbeit und diese Grundsätze in absehbarer Zeit als politisches Mittel zur Erweiterung ihres Machtbereiches zu benutzen.

Daß Angehörige dieser Staaten grundsätzlich genau denselben Einflüssen ausgesetzt sind wie Vertreter der Großmächte, erhellt von neuem

aus der Tatsache, daß sich bei der Vorarbeit für Genua störende Einflüsse geltend gemacht haben.

Hierin liegt eine bedeutsame Anweisung für die Begrenzung der Aufgaben der kleinen Nationen: nur bei dem Bestreben, die Beziehungen zwischen den Staaten so zu gestalten, daß sich die Rechtssicherheit zwischen ihnen, nach dem Beispiel der Rechtssicherheit zwischen den Angehörigen desselben Staates, vergrößert und verstärkt, können die kleinen Nationen als die Elite gelten, deren Auffassungen, nach dem Worte Tsoulets in „La Cité Moderne“, das ganze Gewebe der Gesellschaft durchdringen; nur nach dieser Richtung ist von der offiziellen Zusammenarbeit der kleinen Nationen ein sofortiger Erfolg zu erwarten; denn nur hier wird ihrer Arbeit von vorneherein das dazu unerläßliche Vertrauen entgegengebracht; nur hier ist der Machtfaktor als politisches Faktum ausgeschaltet.

Darum ist diesen beiden Beispielen, die leicht durch weitere vermehrt werden könnten, eine Beweisraft zuzusprechen, die sie an sich nicht haben würden.

* * *

Ich will hier nicht die Frage erörtern, ob später, wenn einmal die praktischen Erfolge auf dem jetzt schon bearbeitbaren Gebiet klar zutage getreten sind, vielleicht auch Boden in Angriff genommen werden kann, sei es auch nur als Versuchsfeld, der jetzt noch von den Großmächten bearbeitet wird. Das ist eine Angelegenheit der Zukunft, deren Lösung dadurch vorbereitet werden kann, daß zuerst die jetzt vorliegenden Aufgaben auf bestmögliche Weise erledigt werden.

Es sind deren mehrere vorhanden. Ich brauche hier nicht erst zu betonen, daß mit dem Statut des Permanenten Internationalen Gerichtshofes noch lange nicht das erreicht ist, was die Nationen, deren Rechtsempfinden sich besonders stark entwickeln konnte, in dieser Richtung wünschen. Die Interessengemeinschaft dieser politisch und territorial gesättigten Staaten, die bei einer auf gesunder Grundlage beruhenden Stetigkeit der internationalen Verhältnisse nur gewinnen können, springt deutlich in die Augen; sie hat auch nichts an sich, worin irgend eine Großmacht eine Bedrohung ihrer berechtigten Interessen erblicken könnte.

Wenn das der Fall ist, so wäre zu entscheiden, ob und inwiefern eine kluge Politik die Interessen und Rechte der engeren Kleinstaatengemeinschaft zu vertreten haben würde, denn der Fehler der Vorarbeit für Genua war nicht der, daß diese überhaupt versucht wurde, sondern daß sie auf einem Gebiete versucht wurde, auf dem die Gemeinsamkeit der Interessen von einem Gegensatz überschattet wurde, der die Vorbedingung des Erfolges: die materielle und sittliche Kraft, beeinträchtigte.

• • •

Diese Vorbedingung ist, glaube ich, für zwei spezielle Gebiete einer möglichen, nicht-offiziellen Zusammenarbeit der „kleinen“ Nationen gegeben. In beiden Fällen läuft diese Zusammenarbeit auch parallel mit dem mittelbaren Interesse derjenigen Großstaaten, von denen angenommen

werden kann, daß sie ihre Interessen lieber mit friedlichen als mit kriegerischen Mitteln, die sich für die eigene Volkskraft und Wirtschaft wiederum als so verderblich erwiesen haben, verfolgen.

In beiden Fällen kann, ja muß verzichtet werden auf direkte Mitarbeit der Regierungen, deren Politik mehr als diejenige der einzelnen Bürger auf Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen hat. Beide Aufgaben werden durch die Folgen des Weltkrieges aufgeworfen; beide können dazu dienen, daß man sich in so kritischen Tagen, wie denjenigen des Sommers 1914, klarer darüber ist, zu was für Folgen es führt, wenn zu den Waffen Zuflucht genommen wird. Beide können die Verantwortlichkeit der Regierungen und der Völker gegenüber der Weltgeschichte steigern.

Es handelt sich hier nebenbei um einen Kampf für die Meinungsfreiheit, der weder für die Schweiz, noch für die Skandinavier oder Holländer etwas Unangebrachtes bedeutet.

An die erste Aufgabe ist die „Neutrale Zentralkommission für Erforschung der Ursachen des Weltkrieges“ *) herangetreten. Ich will darüber nicht zu ausführlich werden. Ich bin dazu nicht ermächtigt. Und wenn ich diese Zeilen auch als Privatperson schreibe, so könnte doch die Tatsache, daß ich der Generalsekretär dieser Kommission bin, ihnen eine die Kommission bindende Kraft verleihen, was sie keineswegs haben sollen. Ich möchte hier bloß betonen, daß gerade die Angehörigen der kleinen Staaten ein gemeinschaftliches Interesse daran besitzen, daß diese Arbeit erfolgreich getan wird, daß es den Historikern, Juristen, Volkswirtschaftlern, militärischen Spezialisten und ihren Experten und Mitarbeitern gelingt, die Ursachen zutage zu fördern, den Zusammenhang der auf diese Katastrophe hinarbeitenden Faktoren ans Licht zu bringen. Das nicht, um den Richter zu spielen, sondern damit die Staatsmänner daraus ersehen mögen, welches die Rückwirkung ihrer Maßnahmen war, die sie, in den meisten Fällen zweifellos in der festen Ueberzeugung, die Interessen ihres Landes mit friedlichen Mitteln zu verfolgen, vorschlugen und vorbereiteten, welche psychologischen Folgen diese Maß-

*) Anmerkung der Schriftleitung: Die Schweiz ist mit zwei Delegierten an dieser „Neutralen Kommission“ beteiligt. Außerdem hat sich, um deren Bestrebungen in unserm Land zu unterstützen, im Mai dieses Jahres ein „Schweizerisches Landeskomite für Erforschung des Ursprungs des Weltkrieges“ gebildet, dessen Vorstand sich aus den Herren Prof. Emil Zürcher, Zürich, als Präsident, Prof. Herm. Bächtold, Basel, Oberst Immenhauser, Bern, Nationalrat Müller, Luzern und Dr. Hans Oehler, Zürich, zusammensetzt, und von denen Prof. Bächtold und Oberst Immenhauser zurzeit als Delegierte in der Zentralkommission fungieren. Als Mitglied kann in das Schweizerische Landeskomite jeder unbescholtene Schweizerbürger männlichen oder weiblichen Geschlechts aufgenommen werden. Eine Verpflichtung zu Beitragsleistungen seitens der einzelnen Mitglieder besteht nicht. Interessenten, die überzeugt sind, daß die Frage nach dem Ursprung des Weltkrieges noch immer eine offene Frage ist, und in gegenseitigem Gedankenaustausch und in öffentlicher Erörterung an deren Lösung mitzuarbeiten wünschen, erhalten jede Auskunft durch den Präsidenten, Prof. Zürcher. Auch Anmeldungen zum Beitritt sind dorthin zu richten.

nahmen, vom Gesichtspunkt der Interessen eines andern Landes aus gesehen, haben mußten oder wenigstens haben konnten.

Ich will diese Ausführungen so allgemein wie möglich halten und verzichte auf die Anführung von Beispielen, deren bloße Erwähnung schon als eine Stellungnahme auf der einen oder andern Seite gedeutet werden könnte. Jedermann kann sich hier selbst diese Beispiele geben. Es ist aber auch ohnedem offensichtlich, daß eine Klarstellung der Kriegsursachen die Gefährlichkeit von Schritten, die scheinbar vollkommen harmlosen Charakters sind, die aber im Lichte der Interessengegensätze als eine Bedrohung angesehen werden können, leichter erkennbar macht.

Auch wenn diese Erkenntnis nur in einem von zwanzig Fällen dazu führen sollte, daß eine wirklich einwandfreie oder wenigstens einwandfreiere Form als die ursprünglich geplante, gewählt wird, ist die zu diesem Zwecke getane Arbeit nicht vergebens geleistet. Wir Angehörige von Staaten, die nichts anderes wünschen, als bei der Arbeit, unsern nationalen Kräften die beste Entwicklungsmöglichkeit zu schaffen, in Ruhe gelassen zu werden, haben ein ausgesprochenes Interesse daran, daß diese Entwicklung nicht durch sich kreuzende Expansionswünsche einiger Großstaaten gestört wird, die erfahrungsgemäß zu einer Lösung führen können, in der schließlich irgend eine dieser Mächte kein anderes Abwehrmittel mehr zu haben glaubt als den Krieg.

Das gilt für die Vergangenheit. Die amerikanischen Bürger, die sich der ihnen von norwegischer Seite nahegebrachten Einsicht in die Notwendigkeit einer derartigen aufklärenden Arbeit nicht verschlossen haben, einer Arbeit, wie sie von der Wissenschaft in den Ländern, in denen diese am wenigsten der Gefahr einer Trübung durch politische Nebenerwägungen ausgesetzt ist, geleistet werden kann, besitzen die klare Erkenntnis, unter welchen, materiell und psychologisch, günstigsten Umständen diese Aufgabe erfüllt werden kann.

Zahlreiche Wissenschaftler haben sich bereit gefunden, diese große Arbeit in Angriff zu nehmen. Die amerikanischen Spender haben das Material für die Grundlagen des Hauses, das sie bauen wollen, zum großen Teil geliefert. An uns Bürgern der Schweiz, der skandinavischen Länder und Hollands ist es, diese Arbeit nach Kräften zu verwirklichen und zu fördern.

* * *

Und die Zukunft?

Hier berühre ich ein Gebiet, dem ich seit Jahren meine besondere Aufmerksamkeit widme.

Ein Weltnachrichtendienst ist eine sehr kostspielige Sache. Namentlich heute, wo die Kosten eines solchen ganz ungeheuer sind. Es ist daher nur natürlich, daß die Presse der „kleinen“ Länder mehr oder weniger in Abhängigkeit von den Nachrichtenagenturen der großen Länder geraten ist, von denen niemand behaupten wird, daß sie nicht in erster Linie die Interessen des eigenen Landes berücksichtigen.

Das versteht sich auch von selbst. Man kann nicht erwarten, daß die Leitung einer solchen Agentur gegen die Interessen des eigenen Landes

arbeitet, wenn sich Gelegenheit bietet, diesen zu dienen. Wenn nun aber zwischen einigen Großmächten, deren Politik andere Erfordernisse hat als die Politik der Nationen, die ich hier im Auge habe, ein Interessengegensatz besteht, so ist die natürliche Folge, daß die Interessen der letzteren zu kurz kommen, trotzdem diese Nationen oft kulturell nicht weniger bedeutend sind als die Großstaaten, deren kulturelle Bedeutung wenigstens nicht in demselben Verhältnis zu derjenigen der Großmächte steht, wie die Zahl ihrer Einwohner zu derjenigen der Großstaaten.

Hier muß Abhilfe geschaffen werden und zwar so bald wie möglich. Das starke Friedensbedürfnis der „kleinen“ Nationen muß in einem Nachrichtendienst Ausdruck finden, der diesem Bedürfnis vollauf Rechnung trägt.

Der Vorkrieg ist zum großen Teil auf dem Rücken dieser Völker, in ihrer Presse ausgekämpft worden; im Kriege selbst hat diese mehr als gerecht Anteil daran genommen; und jetzt, im Nachkriege, sind es wieder die Nachrichtenagenturen der Großstaaten, die, willentlich oder nicht, den Interessen der Großstaaten dienen, auch wo diese im Gegensatz zu denjenigen der kleinen Staaten stehen.

Es ist, sagte ich, verständlich, daß dem bisher so war, weil die Presse jedes kleinen Landes für sich wirtschaftlich nicht stark genug ist, um einen so großen Apparat, wie ihn ein Weltnachrichtendienst darstellt, zu schaffen. Aber *g e m e i n s a m* vermöchten sie es, namentlich heute, wo das Geld der „kleinen“ Staaten nicht so entwertet ist wie dasjenige verschiedener Großmächte.

Außerdem macht die Entwicklung der drahtlosen Telegraphie und Telephonie vieles möglich, was früher nicht möglich war.

Gemeinsam *k a n n* die Presse der in erster Linie friedensbedürftigen Länder ein Organ zur Vertretung dieser Interessen schaffen, und sie wird es schnell tun müssen, damit diese Gemeinsamkeit deutlich hervortritt gegenüber der Durchdringung mit der Interessenvertretung einiger Großmächte.

Diesem Gedanken in der Praxis Gestalt zu geben, bedeutet zweifellos, der Welt einen sehr wertvollen Dienst erweisen. Eine solche Nachrichtenagentur würde ein Gegengewicht gegen die friedensstörenden Tendenzen bilden, denen die mit der Regierung einer Großmacht eng liierten Agenturen in kritischen Tagen immer ausgesetzt sind.

Ich möchte darum den Gedanken zur Diskussion stellen.

Auf direkte Mitarbeit der Regierungen wäre dabei meines Erachtens das Bestimmteste zu verzichten. Gewiß haben auch diese Regierungen ein gemeinsames Interesse daran, daß der Presse ihres Landes eine Nachrichtenagentur zur Verfügung steht, die, wenn sie irgend ein Interesse hat und also wahrscheinlich unmittelbar vertritt, das gemeinsame Friedensbedürfnis der „kleinen“ Staaten vertritt. Aber in Presseangelegenheiten bedeutet Mitwirkung einer Regierung Beeinflussung.

In erster Linie sollten sich die Zeitungsverleger der betreffenden Länder an die Verwirklichung dieses Gedankens machen. Aber sie könnten in ihrem diesbezüglichen Bestreben und Verlangen, insofern ein solches vorhanden

ist, von den Journalisten und der Öffentlichkeit der betreffenden Länder angeregt und bestärkt werden. Letztere ist sich oft nicht klar genug bewußt, wie und zu welchem Zweck sie an der Nase herumgeführt wird.

Ich will ein Beispiel geben, das ich absichtlich nicht der Geschichte des jüngsten Krieges entnehme.

Zwei Nationen hatten Krieg miteinander geführt, wobei die Sympathien des größten Teiles der Welt zweifellos auf der Seite derjenigen waren, die den Krieg verlor.

Nach dem Kriege sandte der Unterlegene eine Abordnung zu einem Volke, das Gelegenheit gefunden hatte, seinen Sympathien für ihn Ausdruck zu geben. Der Empfang dieser Abordnung war so warm, wie man nur erwarten konnte; das wurde auch in der Presse des siegreichen Landes betont, auch in ausführlichen Depeschen der offiziellen Nachrichtenagentur.

Aber eine Ausnahme gab es.

In Entstellung der Wahrheit hatte ein Blatt behauptet, der Empfang der Abordnung sei eiskalt gewesen. Gerade diese Version, und nur diese wurde von der offiziellen Agentur, die die wahrheitsgetreue Darstellung an die Presse des eigenen Landes geschickt hatte, an die Presse des unterlegenen Landes übermittelt, wodurch der Eindruck erweckt werden sollte und bei nicht wenigen Personen auch wirklich erweckt wurde, daß nun auch der Freund jenseits des Meeres den Besiegten im Stiche lasse.

Später kamen andere Nachrichten, aber unterdessen hatte der giftige Stachel schon seine unheilvolle Arbeit getan.

Hier handelte es sich um einen groben Betrug. Aber die feineren, weniger bewußten, oder gar ohne Vorsätzlichkeit verübten Irreführungen sind nicht weniger gefährlich.

Nicht jedes Land hat Zeitungen, die wirtschaftlich stark genug sind, um sich, falls eine derartige Irreführung vermutet wird, die materielle Möglichkeit zu ihrer Nachprüfung zu schaffen. In gemeinsamer Arbeit, mit untereinander zusammengefaßten und von einem Mittelpunkt aus geleiteten Kräften vermag man das aber ganz bestimmt. Hier liegt für die Zusammenarbeit der „kleinen“ Nationen Brachland, das für die Bebauung reif ist, das auf denjenigen wartet, der es bearbeiten will; hier besteht Aussicht auf eine reiche Ernte.

Eine derartige Agentur wäre das Mittel zu dem Zweck der Geltendmachung des gemeinsamen Friedenswunsches, zu dem Zweck der Betonung dieser Gemeinsamkeit und des Interesses an einer Entwicklung der zwischenstaatlichen Rechtsbürgschaften, zur richtigeren Wertung auch der kulturellen Bedeutung anderer „kleiner“ Nationen, von deren Kampf mit den gleichen Schwierigkeiten, wie man sie im eigenen Land besitzt, der Angehörige eines andern Kleinstaates aus den auf die Presse einer bestimmten Großmacht zugeschnittenen Agenturnachrichten nur selten etwas vernimmt.

Aus ideellen und realpolitischen Gründen verdient diese Aufgabe, meiner bescheidenen Meinung nach, unmittelbare Beachtung.

Le tiers état in der Völkergemeinschaft hat sich seine Abhängigkeit lange genug gefallen lassen. Bastillen brauchen hier nicht gestürmt zu werden, wenn man auch bei der Verwirklichung dieses Planes, wenn es dazu

kommt, verspüren wird, wie zäh der Widerstand der Macht ist, die die offiziellen Agenturen der Großstaaten über die Presse und die öffentliche Meinung auch der „kleinen“ Länder ausüben.

Der Versuch, diese Aufgabe zu lösen, muß unternommen werden, und wenn das mit Ernst geschieht, muß er gelingen. Die Vorbedingungen sind vorhanden: die Gemeinsamkeit der Interessen und eine so klare Atmosphäre, daß die Gefahr von Störungen äußerst gering ist.

Ich wage darum den Appell an das Gewissen, den Scharfsinn, den Idealismus.

Die konservative Umkehr.

Von

Moeller van den Bruck.

I.

Revolutionen sind nur Zwischengeschichte.

Mary hat sie die Lokomotiven der Geschichte genannt. Aber wenn wir Revolutionen in die Geschichte einordnen und im materialistischen Bilde bleiben wollen, dann müssen wir die Revolutionen eher die Zusammenstöße der Geschichte nennen: große Unglücksfälle, die ihre Opfer kosten und die doch, so unabsehbar sie in ihren Folgen sein können, nicht ohne die Banalität einer zufälligen Katastrophe sind.

Katastrophen erinnern uns an die menschliche Fahrlässigkeit. Wir lassen uns von ihnen sogar dann überraschen, wenn wir lange vorhersehen, daß sie sich eines Tages ereignen werden. Sie sind unvermeidlich in sich und von einer grausamen Folgerichtigkeit der elementaren Gewalten, die in ihnen zum Durchbruche gelangen. Aber niemand wird behaupten, daß sie auf dem Gebiete, auf dem sie sich zutragen, dessen wahren Zweck erfüllen und die eigentliche Steigerungsmöglichkeit der auf ihm erreichbaren Leistungen dartun.

Katastrophen bekommen höchstens den nachträglichen Sinn, daß sie mit schrecklicher Deutlichkeit auf Mängel aufmerksam machen, die unsere Gewöhnung, unsere Einsichtslosigkeit, unsere Selbstzufriedenheit einreißen ließ und die sonst, wie es scheint, auf keine Weise abstellbar gewesen wären. Freilich gibt es auch Katastrophen, die von Sabotören herbeigeführt werden — und der Leichenfledderer, die bei ihrer Gelegenheit sich einstellen, wollen wir nur eben gedenken.

Aber schon die Aufräumarbeiten muß der revolutionäre Mensch einem anderen Menschen überlassen, der mit den Einrichtungen des Gesamtbetriebes, von Staat und Wirtschaft, erfahrungsmäßig vertraut ist und das umgestürzte verkümmelte stoßende Dasein abermals in einen Gang zu bringen vermag, der nun nicht mehr revolutionär ist, sondern abermals geschichtlich.